

CDU

GRÜNE

Aachens Zukunft:

Gemeinsam zum Erfolg

Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN im Rat der Stadt Aachen

Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN für die Ratsperiode 2009 – 2014

I.	Bürgerbeteiligung – Dialog in der Stadt	3
II.	Finanzen und Haushalt	4
III.	Inhaltliche Vereinbarungen	5
1.	Moderne Großstadt	5
1.1	Einkaufsstadt Aachen	5
1.2	Platzanlage Elisenbrunnen	5
1.3	Neuordnung der Buslinien und Umgestaltung des Bushofs	6
1.4	Einzelhandelsentwicklung.....	6
1.5	Route Charlemagne	6
1.6	Weiterentwicklung der Hochschulen	7
1.7	Stadtplanung.....	7
1.8	Weitere Ziele der Stadtentwicklungspolitik	8
2.	Wohnen in Aachen	9
3.	In Aachen mobil	10
3.1	Ausbau des öffentlichen Verkehrs.....	10
3.2	Radverkehr stärken	11
3.3	Fußgänger schützen.....	11
3.4	Schienenverkehr ausbauen	11
3.5	Weitere Ziele der Mobilitätspolitik.....	11
4.	Umwelt, Klima und Natur	12
5.	Chancen für Kinder von Anfang an	14
5.1	Kindertagesbetreuung	14
5.2	Jugendarbeit und Jugendkultur.....	15
5.3	Frühwarnsysteme	15
5.4	Bedarfsgerechtes und differenziertes Schulangebot.....	15
5.5	Fortschreibung des Schulentwicklungsplans	16
5.6	Rahmenbedingungen und Qualitätssicherung.....	16
6.	Soziale Stadt mit Chancen	17
6.1	Gesellschaftlicher Zusammenhalt und demographischer Wandel.....	17
6.2	Sport als soziales Kapital.....	18
7.	Weltoffene und tolerante Stadt	19
8.	Kultur – Seele für die Stadt	20
9.	Starke Wirtschaft – starke Stadt	21
10.	Personal und Verwaltung – städtische Gesellschaften	23

Präambel

Die Aachener Bürgerinnen und Bürger haben bei der Kommunalwahl am 30. August 2009 über die Verteilung der Sitze im neuen Rat und mögliche Mehrheiten im Rathaus entschieden. CDU und GRÜNE haben sich entschlossen, den Wählerauftrag gemeinsam anzunehmen. In einer Koalition soll Aachen weiterentwickelt werden. Gemeinsam heißt es: Zukunft gestalten! Grundlage dafür ist der Koalitionsvertrag. Die Schwerpunkte der gemeinsamen Ratsperiode ergeben sich aus den Wahlprogrammen der beiden Partner.

CDU und GRÜNE sind zwei Parteien mit unterschiedlicher Geschichte. In Aachen haben beide Parteien in der Vergangenheit oft unterschiedlich gehandelt. Auch die Programme sind durch unterschiedliche politische Schwerpunkte und Ideen geprägt. Eine Zusammenarbeit bedeutet, sich auf Neues einzulassen. Unterschiede müssen nicht gleich Widersprüche bedeuten, sondern können zu Ergänzungen verbunden werden.

Beide Partner haben das Ziel, dass es in Aachen aufwärts geht. Für beide Partner ist klar, dass der Wirtschafts- und Finanzkraft Aachens aufgrund der schwierigen Haushaltslage und des gesamten ökonomischen und ökologischen Umfeldes der heutigen Zeit höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Gründlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit sollen daher für alle Entscheidungen der Handlungsgrundsatz sein. Das bedeutet einen sorgfältigen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen.

Aachen ist ein attraktiver Standort und soll es bleiben. Wir haben exzellente Hochschulen und eine attraktive Innenstadt. Wir sind ein erstklassiger Standort für viele Unternehmen. Die Vielfalt verschiedener Kulturen und ihre Integration gehören zu unseren Stärken. Durch ganzheitliche Planung kann eine Stadt die unterschiedlichsten Ansprüche erfüllen. Sie kann gleichzeitig liebenswert, gemütlich, weltoffen und vielfältig sein sowie kulturell lebendig. Die einzigartige Lage im Dreiländereck ist immer ein Ansporn, über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen und enge Kooperationen mit unseren Nachbarn einzugehen und auszubauen.

Für uns ist dabei besonders wichtig, über diese Ratsperiode hinaus in die Zukunft zu schauen. Das bedeutet auch, dass wir vor allem in den Bereichen Investitionen tätigen, die langfristig wirken und auch für die nachfolgenden Generationen von Nutzen sind. Vorrang haben die Aufgaben, die existenziell sind, wie der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung von Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vorrang haben außerdem die Bereiche öffentlicher Verkehr, die Versorgung mit erneuerbarer Energie und Energieeinsparungen.

Unsere Arbeit orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen in Aachen. Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft. Die demografische Entwicklung verlangt umfangreiche Anpassungen aller Angebote und Dienstleistungen von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege. Auch die aktive Integration der Menschen unterschiedlicher Herkunft werden wir als Zukunftsaufgabe unserer Stadt geschlossen angehen und die Integrationsnetzwerke gemeinsam weiter ausbauen.

Wir wollen konsequent den Weg von der Grenzregion zur Modellregion fortsetzen. Die Gründung der StädteRegion Aachen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die wirtschaftlichen Stärken der Region zu bündeln, so dass alle davon profitieren können. Diese Kooperation gilt es zu festigen und auszubauen. Ökologie und Ökonomie schließen sich dabei keinesfalls aus. Sie ergänzen sich zum Wohle der Menschen, die in unserer Stadt leben.

CDU und GRÜNE haben diese Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Ratsperiode 2009-2014 in einem partnerschaftlichen Miteinander erarbeitet. Die beiden Fraktionen bilden zur Organisation ihrer Zusammenarbeit ein Koordinierungsgremium, welches regelmäßig tagt, um verbindliche Einigungen für ein gemeinsames Vorgehen in Ausschüssen und anderen Gremien sowie bei allen den Rat betreffenden Fragen festzulegen.

Der Koalitionsausschuss besteht aus zehn Mitgliedern. Ihm gehören die Fraktionsvorsitzenden, die Fraktionsgeschäftsführer und weitere Fraktionsmitglieder an. Der Oberbürgermeister wird hierzu eingeladen. Der Koalitionsausschuss tagt regelmäßig wöchentlich vor den Vorstands- und Fraktionssitzungen und berät alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung. Auf Wunsch eines Partners muss der Koalitionsausschuss außerordentlich einberufen werden.

Vor Sitzungen von Ratsausschüssen und vom Rat besetzter Gremien finden verbindliche Absprachen zwischen den Fraktionsarbeitskreisen bzw. den Mitgliedern von CDU und GRÜNEN in diesen Gremien statt.

Ratsanträge, die sich aus dem Koalitionsprogramm ergeben, werden grundsätzlich gemeinsam gestellt. Ratsanträge einer Fraktion werden vor der Einreichung und Veröffentlichung im Koalitionsausschuss vorgestellt, um eine Fraktionsberatung zu ermöglichen.

Grundsätzlich wird nicht mit wechselnden Mehrheiten gearbeitet. Stellen beide Partner fest, dass nach ausführlicher Diskussion im Koalitionsausschuss ein Dissens nicht aufgelöst werden kann, kann jede Fraktion Mehrheiten für ihre Position suchen.

I. Bürgerbeteiligung – Dialog in der Stadt

Für CDU und GRÜNE stehen die Belange der Aachener Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund ihrer Arbeit im Rat und in den Ausschüssen. Das zentrale Anliegen beider Fraktionen ist eine verstärkte und verbesserte Bürgerbeteiligung. Dazu gehören für uns nicht nur transparente Entscheidungsprozesse, frühzeitige Bekanntmachungen, verbesserte Kommunikation und offene Diskussion von Seiten der Stadt, sondern vor allem die Möglichkeit einer aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den verschiedenen politischen Prozessen.

Durch die Krise der kommunalen Haushalte, gesellschaftliche Umbrüche und den demographischen Wandel werden die Städte der Zukunft vor große Herausforderungen gestellt. Solche Herausforderungen kann die Stadt nur gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern meistern. Bürgerschaftliches Engagement ist unerlässlich, um das Gemeinwesen der Stadt zu stärken.

Aachen besteht aus einer Vielzahl sehr lebendiger Bezirke und Stadtteilzentren mit einer hohen Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit dem eigenen Lebensumfeld und einem ausgeprägten bürgerschaftlichen Engagement in Vereinen, Kirchen und der Gesellschaft. Durch die Unterstützung der vorhandenen Strukturen und durch die Mitwirkungsrechte der Bezirksvertretungen kann die Stadt die von uns gewünschte Bürgernähe leben und gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter fördern.

Eine Verbesserung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bedeutet eine Verbesserung des persönlichen Kontaktes mit den Bürgerinnen und Bürgern als Weiterentwicklung des Bürgerservice. Rahmen- und Entwicklungspläne sollen von Anfang an im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erstellt werden. Um diesen Dialog zu stärken, wollen wir ein regelmäßiges Bürgerforum als Weiterentwicklung des Bürger- und Beschwerdeausschusses einrichten und damit einen Ersatz für die Bürgerfragestunde in den Fachausschüssen schaffen. Außerdem sollen die Bürgerinnen und Bürger in einem Modellvorhaben „Bürgerhaushalt im Stadtbezirk“ an der Entscheidung über die Verwendung der Finanzmittel in ihrem Stadtbezirk beteiligt werden.

Bürgerbeteiligung soll Politik und Verwaltung aber nicht davon entbinden, qualitativ hochwertige und professionelle Planungen zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Im Sinne positiver Streitkultur wollen wir ein größeres, ständiges, öffentliches Forum für Planungsfragen und für einen kreativen, kontinuierlichen Diskurs schaffen.

Die Leistungen des Bürgeramtes werden zur Verbesserung des Service auch in den Bezirksämtern angeboten. Parallel dazu muss das Dienstleistungsangebot über das Internet der heutigen Zeit angemessen ausgebaut werden.

Die Bürgerbeteiligung soll sich nicht nur auf politische Themen beziehen. Unser Ziel ist es, dass Bürgerinnen und Bürger sich engagieren. Das heißt für uns, wir müssen ehrenamtlichen Einsatz in allen Bereichen unserer Gesellschaft, wie Musik, Sport, Kultur, Theater, Soziales, Brauchtumpflege, Bildung, usw. ermöglichen, unterstützen und würdigen.

Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort die soziale Arbeit in den Stadtvierteln stärken. Wir möchten die Menschen unterstützen, die sich engagieren und selbst organisiert Hilfe anbieten. Dies kann der Einsatz in Zukunftswerkstätten für die Stadtentwicklung oder auch der persönliche Einsatz in Vereinen oder Initiativen sein, die zur Bereicherung unseres Lebens in Aachen oder zur Hilfestellung in anderen Teilen der Welt beitragen. Der Einsatz für andere Menschen entspricht unserem Bild von solidarischem Verhalten. In Zeiten des demographischen Wandels soll die Förderung von Vereinen bei der Jugendarbeit genauso im Fokus stehen wie die Arbeit mit und für ältere Menschen. Ein erster Schritt, um ehrenamtliches Engagement angemessen zu würdigen, soll die Einführung eines „Tages des Ehrenamtes“ sein, der bereits in der StädteRegion besteht. Damit wollen wir Danke sagen und die Menschen würdigen, die durch ihren Einsatz dazu beitragen, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Ohne ehrenamtliche Arbeit kann unsere Gesellschaft nicht funktionieren.

II. Finanzen und Haushalt

Solide Finanzen waren und bleiben das Fundament unserer politischen Arbeit. Daher stehen alle in dieser Vereinbarung getroffenen Absprachen unter dem Finanzierungsvorbehalt. Die unsichere Finanzlage der Stadt Aachen war und ist uns bewusst.

CDU und GRÜNE haben sich darauf verständigt, in der Ratsperiode 2009-2014 zur Haushaltskonsolidierung keine Veräußerung von Anteilen kommunaler Gesellschaften an Private vorzunehmen. Wichtig ist uns, für die städtische Gesellschaften Zukunftsstrategien zu entwickeln, die ihren Bestand sichern, sie stärken und dabei unterstützen, ihre Leistungen für die Stadt noch weiter zu verbessern.

Wir wollen die finanzielle Eigenständigkeit der Stadt sichern. Der Stadtrat soll über den Haushalt der Stadt entscheiden. Deshalb ist es unser Ziel, dafür zu sorgen, dass die laufenden Einnahmen und Ausgaben der Stadt im Gleichgewicht bleiben und die Folgekosten von Investitionen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt nicht überfordern. Dabei hilft die neue Form der Haushaltsführung (Neues Kommunales Finanzmanagement, NKF), die neben der Betrachtung von Einnahmen und Ausgaben auch eine Bewertung des Vermögens und dessen Entwicklung erlaubt.

CDU und GRÜNE verpflichten sich zur gemeinsamen Verabschiedung der Haushalte. Als Antwort auf die Folgen der aktuellen Krise für die Haushaltssituation soll außerdem zur Haushaltskonsolidierung ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept erarbeitet werden. Mit gezielten Sparmaßnahmen soll die finanzielle Situation der Stadt gesichert werden. Grundsätzlich ist aber auch eine strukturelle Veränderung und Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen notwendig.

Zu einem zukunftsorientierten Handeln gehören für uns folgende Grundsätze:

- Auch mit knappen finanziellen Mitteln sollen Visionen für Aachen entwickelt werden.
- Investitionen in Bildung haben für uns weiterhin eine hohe Priorität.
- Die soziale Infrastruktur wird erhalten. Die Erfüllung aller Pflichten im Sozialbereich bleibt gewährleistet.
- Der Erhalt von Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten ist sicher.
- Ein Investitionscontrolling muss wirkungsvoll aufgebaut werden:
 - Investitionen, die eine finanzielle Rendite erwarten lassen, werden vorgezogen.
 - Bei Investitionen wird die Beachtung von Folgekosten stärker miteinbezogen. Folgekosten müssen transparent sein.
- In allen Bereichen der Verwaltung sollen unter Anwendung der Aufgabenkritik und der Effektivitätsverbesserung mittelfristig Kosten eingespart werden.
- Auf eine Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer wird verzichtet.

III. Inhaltliche Vereinbarungen

1. Moderne Großstadt

1.1 Einkaufsstadt Aachen

CDU und GRÜNE wollen die Aachener Innenstadt weiterentwickeln und die Rahmenplanungen in den Stadtteilen vorantreiben. Mit den für die Ratsperiode vorgesehenen Umbaumaßnahmen im Herzen der Stadt soll die Qualität der Innenstadt weiter verbessert werden. Auch soll die Attraktivität Aachens als Einkaufsstadt erhöht und Aachen für den wachsenden Städtetourismus neu aufgestellt und nach vorne gebracht werden. Dabei gilt es, neben den Interessen der Innenstadtbewohner auch die Interessen des mittelständischen Einzelhandels und der kleineren Geschäfte, die wesentlich zum Flair der Aachener Innenstadt beitragen, zu berücksichtigen.

1.2 Platzanlage Elisenbrunnen

Unser Ziel ist es, durch die weitere Umgestaltung des öffentlichen Raums zwischen Bushof/ Blondelstraße und dem Theaterplatz den Stadtraum rund um den Elisenbrunnen konsequent als durchgehende Fußgängerbereiche mit einer attraktiven Platzanlage mit Gastronomie vor dem Elisenbrunnen zu entwickeln. Dazu wird es einen Gestaltungswettbewerb geben.

Mit diesen Umgestaltungsmaßnahmen sollen die beiden Innenstadthälften, die durch die Fahrbahntrasse über den Friedrich-Wilhelm-Platz getrennt sind, stärker miteinander verbunden werden.

Die Bereiche nordöstlich des Theaters, die untere Ursulinerstraße im Bereich Holzgraben, die Buchkremmerstraße und der Büchel werden in das Fußgängerzonennetz der Stadt mit einbezogen. Die Erreichbarkeit für Innenstadtbewohner, Hotels, Liefer- und Ladevorgänge etc. wird dabei erhalten bleiben.

Den Theaterplatz und die untere Theaterstraße wollen wir aufwerten. Durch die nur noch einseitige Verkehrsführung südwestlich des Theaters kann der Theatervorplatz in die Platz- und Fußgängerzonengestaltung einbezogen werden.

1.3 Neuordnung der Buslinien und Umgestaltung des Bushofs

Die den Friedrich-Wilhelm-Platz querenden Busverkehre sollen reduziert werden. Die Busse nutzen die Platzanlage gleichberechtigt mit den Fußgängern. Die notwendigen Haltestellen werden im Zuge der Neuordnung des Buslinienetzes in Aachen zwischen Theater und Bushof neu positioniert. Die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem ÖPNV darf dadurch nicht gefährdet sein.

Das Gebäude des Bushofes selbst soll durch private Investitionen stadträumlich besonders an den Rändern zur Couvenstraße, Kurhausstraße und dem Peterskirchhof verbessert und umgestaltet werden. Hierbei ist die Integration einer Markthalle in das Gebäude denkbar.

1.4 Einzelhandelsentwicklung

Das bereits auf den Weg gebrachte städtische und regionale Einzelhandelskonzept ist eine gute Basis zur Steuerung der Einzelhandelsentwicklung. Wir werden das Einzelhandelskonzept konsequent zur Stärkung des örtlichen Einzelhandels nutzen.

Weitere große Einzelhandelsflächen in der Innenstadt sind nach der Neubebauung am Büchel und mit dem Bau der Kaiserplatzgalerie nicht mehr erforderlich. Die Fraktionen von CDU und GRÜNEN wollen daher die bestehenden Einzelhandelslagen begrenzen, eine weitere Ausdehnung planungsrechtlich ausschließen und damit die Fußgängerzonen abrunden.

1.5 Route Charlemagne

Die Route Charlemagne ist weiterhin ein wichtiger Baustein für die Attraktivität unserer Innenstadt und für den Städtetourismus. Zahlreiche historische Gebäude sollen aufgewertet und mit interessanten aktuellen Ausstellungen zu touristischen Magneten ausgebildet werden. Mit dem Rathaus ist das erste Objekt fertig gestellt. In Kürze wird das Internationale Zeitungsmuseum folgen. Das Gebäude Katschhof als Infocenter für die Route Charlemagne und die Stadtgeschichte sowie das „Grashaus“ als Haus des europäischen Lernens sind die nächsten Projekte.

Wir unterstützen die Pläne, die alte Poststelle des Bistums zu einem Informationszentrum für den Dom umzubauen und sehen dies als Chance, das neue Informationszentrum, Dom und Domschatzkammer mit dem Zentrum der Route Charlemagne zu verbinden und den umgebenden öffentlichen Raum aufzuwerten.

In Verbindung mit einem Mensaneubau und der Schulerweiterung des Gymnasiums St. Leonhard werden wir die Umgestaltung des Parkplatzes „Brot Schneider“ (Jesuitenstraße, Vorplatz zur Kirche St. Michael) zu einer neuen innerstädtischen Platzanlage auf den Weg bringen, der sowohl von der Schule als auch von allen Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden kann.

Die Route Charlemagne kann nur schrittweise im Rahmen der Möglichkeiten der Städtebauförderung umgesetzt werden. Wir begrüßen private Initiativen zur Nutzung der Kirche St. Paul. Das Projekt St. Paul im Rahmen der Route Charlemagne wird durch die Stadt Aachen nicht weiter verfolgt.

Die für die Stadt zur Verfügung stehenden Städtebaufördermittel sollen nicht nur in Projekte in der Aachener Innenstadt und der Route Charlemagne fließen, sondern werden in einem Stufenkonzept auch für Stadtteilerneuerungsmaßnahmen im Suermondtviertel, in Burtscheid, in Brand und am Gasborn eingesetzt.

1.6 Weiterentwicklung der Hochschulen

Die Fraktionen von CDU und Grünen unterstützen die RWTH und die Fachhochschulen in ihrem Bemühen, ein hochwertiges Erscheinungsbild und eine gute Einbindung der Hochschulen in das Stadtleben zu erreichen. Die Platzgestaltung vor dem Hauptgebäude der RWTH ist mit der Umgestaltung des Templergrabens („shared space“) in der konkreten Planungsphase und kann mit dem Kármán-Auditorium einen Hochschulcampus bilden.

CDU und GRÜNE begrüßen das Campus Projekt der RWTH als das aktuell wichtigste Projekt für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Aachen.

Beide Fraktionen sind bereit, unter Berücksichtigung der Einwendungen und Anregungen zeitnah den Satzungsbeschluss für den erforderlichen Bebauungsplan zum Campus Melaten zu fassen. Bei der Abwägung der verschiedenen Belange finden sowohl die verkehrlichen Probleme in den Bereichen Halifaxstraße, Seffenter Weg, Melatener Straße als auch der möglichst weitgehende Schutz des Rabentals besondere Berücksichtigung.

Die Fraktionen sind sich einig, dass die Realisierung des Projektes von einer Mindestbelegung des Gebietes abhängt. Dazu ist im öffentlich rechtlichen Vertrag der Rektoratsbeschluss vom 14. Oktober 2008 aufzunehmen, wonach der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW mit der Erschließung des Campus erst beauftragt wird, wenn die Grundbedingungen für die Realisierung von sechs Clustern erfüllt sind. Dadurch wird gewährleistet, dass die erforderliche Infrastruktur erst geschaffen wird, wenn die Ansiedlung einer ausreichenden Zahl von Unternehmen und eine Mindestbautätigkeit garantiert sind.

Im Zuge der konkreten Campus-Entwicklung in Melaten und in Aachen West wollen CDU und GRÜNE für die Campus-Bauten mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Qualitätskriterien vereinbaren, beispielsweise über energetisches Bauen oder durchzuführende Wettbewerbe und ähnliches. Qualitätsstandards wie die der Deutschen Gesellschaft Nachhaltiges Bauen (DGNB) können hierfür Orientierung sein. Für den Campus West soll ein moderiertes Planungsverfahren durchgeführt werden, um den jeweiligen Interessen von Hochschule, Land und Stadt zu entsprechen und eine optimale Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Im Rahmen der Planung des Campus West soll die Idee einer Landschaftsbrücke zum Lousberg weiterverfolgt werden.

1.7 Stadtplanung

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ist für die Stadt Aachen eine der zentralen Planungsaufgaben der nächsten Jahre. Ökologische Ziele wie z. B. der schonende Umgang mit Boden, der Klimaschutz, der Schutz der für Stadtklima und Natur bedeutsamen Freiflächen, Wasser-, Natur- und Landschaftsschutz sowie eine stadtverträgliche Mobilitätsentwicklung werden hier im Vordergrund stehen.

Für die Vernetzung von Innenstadt und Stadtteilen sowie für weitergehende strategische Planungen wie Wohnflächenbedarfe, Verkehrsentwicklung und -konzepte, Wohnumfeldverbesserung, Umweltschutz und Energie werden wir einen Leitplan/Masterplan für die ganze Stadt erarbeiten lassen. Wir wollen mit diesem Plan den Entwurf einer Zukunftsvision für die Stadtentwicklung liefern. Dabei spielen Nahversorgung, Sozialraum-, Schul- und Jugendentwicklungsplan, Sport und Freizeit eine bedeutsame Rolle. Hier sollen die Ergebnisse vieler bestehender Einzelplanungen, neuer Entwicklungen und Ideen für die Zukunft kritisch überprüft und räumlich dargestellt werden. Dies muss in Verbindung mit dem zu aktualisierenden Landschaftsplan geschehen. Das Ergebnis soll als gesamtstädtischer Konsens die Grundlage für die Aachener Stadtentwicklung und den neu zu erstellenden Flächennutzungsplan bilden. Der Leitplan wird mit Beteiligung von Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern in einem transparenten Prozess erarbeitet.

Ein ständiges Diskussionsforum für Architektur und Stadtentwicklung in Aachen soll in geeigneten städtischen Räumen, z. B. im Aachen-Fenster, etabliert werden. Im Rahmen der offiziellen Bürgerbeteiligung in Genehmigungsverfahren sollen neue Wege beschritten und ein Angebot geschaffen werden, das einen echten Dialog mit der Bürgerschaft ermöglicht. Zudem sollen die Möglichkeiten, die der Internetauftritt der Stadt und die Printausgabe der „Stadtseiten“ in diesem Zusammenhang bieten, hierfür genutzt und weiter ausgebaut werden. Der Aufbau eines dreidimensionalen Stadtmodells wird weiter vorangetrieben.

Vorhaben- und Erschließungspläne (VEP) oder Bebauungspläne mit städtebaulichen Verträgen sollen zukünftig erst dann abgeschlossen werden, wenn die Qualität und die Finanzierung des Vorhabens belegt werden kann. Qualitätskriterien können unter anderem die Sicherung der Architekturqualität und die Bewirtschaftung von Stellplätzen sowie das Angebot eines Job-Tickets sein. Die zufrieden stellende Prüfung von Qualität und Finanzierung sollte Voraussetzung für Aufstellungsbeschlüsse sein.

1.8 Weitere Ziele der Stadtentwicklungspolitik

CDU und GRÜNE verfolgen darüber hinaus in der Stadtentwicklungspolitik folgende Ziele und Projekte:

- Das neue Hotel an der Sandkaulstraße soll realisiert und der angrenzende Park weitgehend erhalten bleiben.
- Wünschenswerte Investitionen in der unteren Großkölnstraße unterstützen wir aktiv.
- Wir befürworten die Beteiligung an der Internationale Gartenschau 2017 im Rahmen der StädteRegion.
- Aus Gründen der Luftreinhaltung, des Klimaschutzes und der Bereicherung des Stadtbildes ergänzen wir die städtischen Alleen (besonders den Alleenring) nach und nach wieder durch Baumpflanzungen.
- Die geplanten Stadtteilerneuerungsmaßnahmen im Suermondviertel und am Gasborn sollen in einem Stufenkonzept umgesetzt werden. Die Stadtteilrahmenplanung, wie sie zuletzt in Brand durchgeführt wurde, wird in den Stadtbezirken Suermondviertel undurtscheid weiter fortgeführt.
- In Abstimmung mit der Nachbargemeinde soll der Bereich an der Grenze zu Vaals zu einem Stadteingangsportale entwickelt und die deutsche Seite der Grenzstraat bebaut werden.
- In Zusammenarbeit mit der gewoge soll zur Realisierung neuen Wohnungsbaus an der Stolberger Straße ein Wettbewerb durchgeführt werden.
- Die Stadt wird bei der Entwicklung des Wohnviertels Beverstraße aktive Unterstützung leisten.
- Die Fraktionen befürworten die Errichtung eines Naturschwimmbads in Aachen. Dies könnte beispielsweise in Eilendorf oder in Richterich entstehen. Einen entsprechenden Stadtteilplan gibt es dazu im Rahmen der Realisierung des Wohngebietes Richterich Dell.
- CDU und GRÜNE wollen den Park „Altes Klinikum“ als Landschaftspark dauerhaft sichern und die fußläufige Erschließung verbessern.
- Nach dem Auslaufen der Förderung des Projekts „Aachen-Ost“ aus dem Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ wollen wir eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Stadtteils möglich machen und dafür eine Anlaufstelle im Haus der Identität und Integration sichern.

- Wir setzen uns mit aller Kraft für das Projekt „Soziale Stadt Aachen-Nord“ ein und sichern den städtischen Anteil an der Projektfinanzierung.
- Im Rahmen des Stadtteilprogramms Aachen-Nord soll eine Neukonzeption des städtischen Geländes an der Talstraße als Bindeglied der Schulen im Umfeld, für Trendsport, Freizeit, Kultur erarbeitet werden. Dazu muss den Karnevalsvereinen ein Ersatzflächenangebot für die Karnevalswagen gemacht werden.
- Wir wollen das Bürgerzentrum Burg Frankenberg weiterhin unterstützen.
- Die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft wird geprüft.
- CDU und GRÜNE verstehen die Berücksichtigung der Belange älterer Menschen als Querschnittsaufgabe der Stadtplanung.

Die GRÜNEN werden – wie in der abgelaufenen Ratsperiode – Entscheidungen des Rates zur Vergrößerung des Gewerbegebietes in der Neuenhofstraße und die daraus resultierenden Bebauungspläne nicht mittragen. Darüber hinaus werden die GRÜNEN auch weiterhin dem Bebauungsplan für ein Gewerbegebiet zwischen Debyestraße und Autobahn nicht zustimmen.

2. Wohnen in Aachen

Der wohnungspolitische Fahrplan von CDU und GRÜNEN für die kommenden fünf Jahre der Ratsperiode umfasst als Schwerpunkte die Bereiche Wohnungsneubau, Sanierung des Altbestandes und Steigerung der Wohnqualität.

Das „Handlungskonzept Wohnen“ soll mit einem ausgewogenen Verhältnis von sozialem und freiem Wohnungsbau umgesetzt werden. CDU und GRÜNE wollen den sozialen Wohnungsbau und Wohnprojekte zum Beispiel im Rahmen genossenschaftlichen Wohnens stärken.

Aachen verfügt über einige Flächen, auf denen in den nächsten Jahren neue Wohngebiete realisiert werden können. Am Alten Tivoli sollen Innovatives Wohnen für junge Familien mit Kindern und neue Wohnformen entstehen und ein Nahversorgungszentrum an der Krefelder Straße errichtet werden.

Auch vor dem Hintergrund der Campus-Entwicklung und dem dadurch entstehenden Bedarf an Wohnungen soll in Richtericher Dell mit der Auslobung von Wettbewerben die Planung für erste Cluster in Angriff genommen werden und Schritt für Schritt im Einklang mit dem Altbestand in Richterich neuer Wohnraum entstehen. Gleichzeitig soll mit der Planung der Erschließungsstraße konkret begonnen werden. CDU und GRÜNE lehnen den Bau der B258n im Aachener Norden ab.

Insgesamt soll die wohnortnahe Infrastruktur und Versorgung in allen Stadtteilen sichergestellt werden.

Der städtische Wohnungsbestand braucht in Teilen verstärkte Modernisierungsanstrengungen. Neben der notwendigen energetischen und barrierefreien Sanierung fehlen zum Teil heute noch Bäder und Heizungsanlagen. Deshalb müssen die Unterhaltungs- und Instandhaltungsmittel für den städtischen Wohnungsbesitz erhöht werden.

Die Käufer von städtischen Wohnbaugrundstücken sollen verpflichtet werden, den KfW-Standard „Effizienzhaus 55“ beim Wohnungsbau einzuhalten.

Die Wohnberatungsangebote der Stadt für ältere Menschen werden gestärkt. Auch sollen Alternativen für das Wohnen im Alter mit und ohne Betreuung gefördert werden.

Die immobilienwirtschaftliche Kompetenz der Kontaktstelle „Neue Wohnformen“ wird gestärkt. Die Stadt reserviert für Baugruppen geeignete städtische Grundstücke. Die Kontaktstelle soll dazu im Fachbereich Immobilienmanagement angesiedelt werden.

Das Eigenkapital der gewoge muss verstärkt werden, um die Gesellschaft in die Lage zu versetzen, einen Teil der „Wohnraumversorgungsfunktion“ für die Stadt übernehmen und innovative Bauvorhaben durchführen zu können. Die Unterstützung des gemeinschaftsorientierten Bauens und Wohnens und die Annahme einer Vorreiterrolle bei Wohnmodellen und beim energiesparenden Bauen und Sanieren soll ebenfalls eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft sein.

3. In Aachen mobil

3.1 Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Mobilität in Aachen ist für die Bürgerinnen und Bürger von hoher Bedeutung. Sie bildet eine notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Gleichzeitig stellt uns der zunehmende Individualverkehr vor Probleme. Der Anteil des Verkehrs an den CO₂-Emissionen liegt bei 18 Prozent. Tendenz steigend. Außerdem ist kein anderer Sektor so abhängig vom Öl wie der Verkehr. Klimaschutz und die Endlichkeit der Ölreserven erfordern innovative Konzepte, wenn wir langfristig mobil bleiben wollen.

CDU und GRÜNE wollen den offenen und gastfreundlichen Charakter unserer Stadt und ihre hohe Aufenthaltsqualität durch ein modernes und innovatives Mobilitätskonzept stärken. Dazu gehört auch der barrierefreie Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Dieses muss in der Lage sein, verschiedene Verkehrsträger optimal zu verbinden. Das Auto bedeutet eine Option unter vielen, denn Bewohner und Besucher unserer Stadt wollen sich flexibel bewegen. Zunehmend werden Wege insbesondere im Nahverkehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrrad zurückgelegt. Dieses veränderte Verkehrsverhalten wollen wir auch in den kommenden Jahren weiter unterstützen.

Mit der Entwicklung des Campus soll ein schienengebundenes Nahverkehrssystem entstehen, das die Option bietet, zum Verkehrssystem für die ganze Stadt weiterentwickelt zu werden. CDU und GRÜNE setzen sich gemeinsam dafür ein, ein solches Nahverkehrssystem zu etablieren und auszubauen. Dabei setzen wir auch auf die Kompetenz und Kreativität unserer Hochschulen und werden verstärkt darauf achten, dort entwickelte Ideen aufzunehmen und wenn möglich, auch hier in Aachen umzusetzen.

CDU und GRÜNE wollen den öffentlichen Nahverkehr verbessern. Dazu wird das Buslinien-netz überarbeitet. Es soll dabei die Einführung von Schnellbus- und Stadtteilbuslinien, die an attraktiven Umsteigepunkten miteinander verknüpft werden, geprüft und der Busverkehr besser an den Bahnverkehr angebunden werden. Dazu sollen neue Umsteigepunkte am Hauptbahnhof und den anderen Bahnhöfen geschaffen werden.

Der Busverkehr soll durch die Ausdehnung der Busspuren und durch Fahrbahnrandhaltestellen beschleunigt werden. Die ASEAG wird aufgefordert, alternative Antriebssysteme in ihrem Fahrzeugpark zu etablieren. Besonders die Elektromobilität soll in Zusammenarbeit mit STAWAG und Hochschule für den öffentlichen Verkehr ausgebaut werden. Die Fahrgastinformation an den Haltestellen wird durch ein neues Fahrgastinformationssystem verbessert. Außerdem wird ein elektronisches Ticket eingeführt.

Das Tarifsystem wird um die wandernde Kurzstrecke und ein Sozialticket erweitert; das Job-Ticket-Angebot wird ausgebaut und ein kombiniertes Park- und Busticket eingeführt. CDU und GRÜNE wollen einen attraktiven und preiswerten öffentlichen Nahverkehr anbieten und die eingeführten Angebote und Tarife der ASEAG stabil halten.

Für den Ausbau des ÖPNV wird ein Finanzierungskonzept im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten erarbeitet.

Als ein weiterer Baustein des öffentlichen Verkehrs sollen weitere Car-Sharing-Plätze möglich gemacht werden.

3.2 Radverkehr stärken

CDU und GRÜNE wollen das Radverkehrsnetz weiter ausbauen und Radschutzstreifen an allen Hauptverkehrsstraßen schaffen. Darüber hinaus sollen vom sonstigen Verkehr getrennte Fahrradtrassen zum Beispiel vom Campus zum Kerngebiet der TH oder vom Frankenger Viertel in die Innenstadt ausgewiesen werden. Die Fahrradmitnahmemöglichkeiten in Bussen sollen erweitert werden. Die Radstation am Bahnhof soll ausgebaut und nach Möglichkeit sollen auch weitere Stationen an den anderen Bahnhöfen geschaffen werden.

Das Radverkehrskonzept wird weiterentwickelt. CDU und GRÜNE wollen dabei in Aachen ein Fahrradverleihsystem etablieren, in dem auch Elektroräder angeboten werden. Hierbei sollte auch die Möglichkeit des Aufbaus eines Park&Bike-Systems geprüft werden.

3.3 Fußgänger schützen

GRÜNE und CDU wollen auch die Fußgänger als Verkehrsteilnehmer besser schützen. Nach Möglichkeit sollen Fußwege bei Umbaumaßnahmen in Aachen eine Richtbreite von 2,50 m haben. Die Querungszeiten an Ampeln sollen nach Möglichkeit verlängert und mehr konfliktfreie Ampelschaltungen eingerichtet werden. Darüber hinaus schaffen wir attraktive Fußwegeverbindungen, die übersichtlich ausgeschildert werden.

3.4 Schienenverkehr ausbauen

CDU und GRÜNE werden sich im Bereich Schienenverkehr für folgende Ziele und Projekte einsetzen:

- Regionale Verbindung und Anbindung der Stadt an das Hochgeschwindigkeits- und das InterCity-Netz der Niederlande, Belgiens und in Richtung Düsseldorf und Köln verbessern
- Euregiobahn als Bestandteil eines regionalen Schienenverkehrssystems mit einheitlicher Taktung und einem durchgängigen Tarifsystem ausbauen
- Weitere Euregiobahn-Haltepunkte in Richterich, Laurensberg und Berliner Ring errichten
- Errichtung einer schienengebundenen Verbindung Aachen-Maastricht über die Via-Avantis
- Realisierung des dritten Gleises Aachen-Köln
- Verbesserung der Städteverbindung nach Düsseldorf
- Abo-Ticket für Fahrradmitnahme in Zügen

3.5 Weitere Ziele der Mobilitätspolitik

CDU und GRÜNE verfolgen darüber hinaus in der Mobilitätspolitik folgende Ziele und Projekte:

- Die Verkehrs- und Hinweisbeschilderung soll reduziert werden.
- Die Verbesserung des Verkehrsflusses soll durch eine Optimierung von Ampelschaltungen geleistet werden.
- Das Baustellenmanagement bei städtischen Verkehrsbaustellen soll verbessert werden. In die Ausschreibungen werden entsprechende Vorgaben aufgenommen. Die Bürgerinformation in diesem Bereich ist zu verbessern.
- CDU und GRÜNE lehnen den Bau der B258n im Aachener Norden ab.
- Ein LKW-Führungskonzept wird erarbeitet.

4. Umwelt, Klima und Natur

Die Stadt Aachen hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2020 ihre CO₂-Emissionen um 40 Prozent zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Anstrengungen im Bereich der Energieeinsparung sowie der Energieerzeugung durch erneuerbare Energien notwendig. Die Stadt Aachen nutzt alle Möglichkeiten, diese Ziele zu erreichen. Das Ziel der StädteRegion, eine Modellregion für Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften zu werden, wird von der Stadt Aachen mit eigenen Projekten unterstützt.

CDU und GRÜNE stimmen deshalb in Stadt und Region überein, die Energieversorgung langfristig zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bereitzustellen.

CDU und GRÜNE sind sich deshalb einig, dass die Stadt Aachen einen eigenen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Sie treten für einen verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energieträgern in Aachen ein. Als erneuerbare Energieträger stehen in Aachen zur Verfügung: Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme. Zur Akzeptanz ist der gesellschaftliche Konsens über den Einsatz neuer Energieträger notwendig. Dabei hat die nachhaltige Entwicklung erneuerbarer Energieträger auch eine für die lokale Wirtschaft wichtige Komponente. Investitionen in Energieeinsparung, erneuerbare Energien und Umweltschutztechnologien beleben die örtliche Wirtschaft, schaffen Arbeitsplätze und eine größere Unabhängigkeit von teuren Rohstoffimporten. Auch die örtliche Landwirtschaft kann sich durch die Energiewirtschaft neue wirtschaftliche Potentiale erschließen.

Der Betrieb von Windkraftanlagen ist schon heute in Aachen wirtschaftlich möglich. Sie gehören zur Infrastruktur einer Stadt im 21. Jahrhundert. Der Bau und Betrieb und die örtliche Infrastruktur führen allerdings auch zur Beeinträchtigung von Anwohnern und zu einem Eingriff in die Natur. Umso wichtiger ist es, dass bei der Schaffung von neuen Standorten für Windkraftanlagen oder der Optimierung bestehender Anlagen (Repowering) ein Verfahren aus frühzeitiger Anwohnerbeteiligung, neutraler Begutachtung und offener Diskussion gewählt wird. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine Festlegung auf bestimmte Standorte.

CDU und GRÜNE sind sich einig, dass der verstärkte Einsatz von Windkraft auch in Aachen erfolgen soll. Zusammen mit den Aktivitäten der StädteRegion Aachen sollen Standorte gesucht und gefunden werden. Durch die Ausweisung in der Windpotentialkarte ergeben sich besonders geeignete Standorte in den Bereichen Avantis, Schneeberg und Münsterwald. Eine Auswahl von Standorten kann erst nach Abschluss eines Prüfverfahrens erfolgen. CDU und GRÜNE sind sich einig, dass ein entsprechender Antrag zu Beginn der Ratsperiode in den Stadtrat eingebracht wird.

Im Rahmen des Prüfverfahrens sind unter anderem die folgenden Kriterien einzubeziehen:

- Beeinträchtigung der Anwohner durch Lärm und Schlagschatten
- Eingriff in das Landschaftsbild
- technischer Stand der Anlage
- wirtschaftlicher Betrieb der Anlage

Ein Repowering der Windkraftanlagen in Vetschau steht in der Ratsperiode 2009-2014 nicht zur Entscheidung an.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien vorgesehen:

- Ausbau der Solarenergie auf kommunalen Gebäuden
- Planung und Realisierung eines Solarfeldes in Hittfeld
- Wasserstoffgewinnungsanlage bspw. an der ARA Soers prüfen und fördern
- Geplante Abfallvergärungsanlage am Standort Würselen durch den ZEW realisieren – Erdgas aus der Biotonne
- Ausbau der Windenergie in Aachen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben.

- Prüfung der Realisierung neuer Windparks im Münsterwald, am Schneeberg (Schlangenberg) und im Randbereich der Ausgleichsflächen von Avantis entlang der Autobahn
- Suche nach weiteren Standorten gemeinsam mit den Kommunen der Städte-Region sowie unseren belgischen und niederländischen Nachbarn

Natur und Landschaft sind wertvolle Ressourcen, die unsere Stadt noch lebenswerter machen. Sie sind aber auch eine Verpflichtung zur behutsamen Pflege und zum Schutz der ökologischen Vielfalt. Dieser Verantwortung sind sich CDU und Grüne sehr bewusst.

Die Fraktionen werden vielfältige Initiativen ergreifen, um dieser Verpflichtung gerecht zu werden.

- Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Aachen aus dem Jahr 1988 mit dem Ziel der Unterschutzstellung noch nicht geschützter Bachtäler im Stadtgebiet und in der Region
- Weiterentwicklung und Vernetzung der Grünfinger, also der Aachener Bachtäler, wie zum Beispiel die Schaffung einer Grünverbindung von der Goethestraße bis ins Stadtzentrum
- Freiflächenschutz und wohnortnahe Grünflächen erhalten und ausbauen
- Grünflächenmanagement der Stadt Aachen verbessern
- Aufstellung eines ökologischen Grünpflegeplans, um eine bedarfsgerechte Pflege sicherzustellen, die den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen gerecht wird unter Beachtung der besonderen ökologischen Anforderungen und Notwendigkeiten
- Verbesserung des Zustandes und der Pflege der Aachener Naturschutzgebiete, auch durch Beteiligung und Förderung des Ehrenamtes
- Schutz und Ausdehnung der Naturschutzgebiete im Indetal, am Itebach, dem Brander Wald, dem Augustinerwald und am Beverbach

Land- und Forstwirtschaft erfüllen wichtige Funktionen in der Stadt und der StädteRegion. Sie sind die Grundlage für eine gesunde Ernährung und tragen zur Erhaltung einer vielfältigen Natur-, Kultur- und Erholungslandschaft bei. Hinzu kommt ihre Rolle als Produzent erneuerbarer Energien. Wir wollen die Land- und Forstwirtschaft nachhaltig stärken.

Dazu gehören insbesondere

- die Unterstützung regionaler Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.
- die Förderung der ökologischen Landwirtschaft und des Absatzes der entsprechenden Erzeugnisse.
- die Initiative zu einer gentechnikfreien Region, in der keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden, die in Kooperation mit dem Landwirtschaftsverband realisiert werden soll.
- der Schutz des Aachener Waldes und dessen verträgliche Nutzung und die Fortführung der FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council ist das weltweit beste Siegel für verantwortungsvolle, naturnahe Waldwirtschaft)

Aachen hat in den letzten Jahrzehnten bereits enorme Anstrengungen unternommen, um der Verantwortung zum Klimaschutz gerecht zu werden. Immer sind Themen wie Luftreinhaltung allerdings auch ganz lokal wichtige Themen für ein gutes und gesundes Leben in der Stadt. Diesem Ziel fühlen wir uns weiter verpflichtet.

Ein besonderes Problemfeld stellt das Thema Lärm dar. Lärm ist eine enorme Belastung für die Menschen, die hier leben und arbeiten.

CDU und GRÜNE werden vermehrte Anstrengungen unternehmen, um auch hier eine weitere Verbesserung zu erreichen:

- Umsetzung des Klimaschutzkonzepts fortsetzen und mit weiteren konkreten Aktivitäten und Zielen die Stadt Aachen als Motor einer (eu)regionalen Klimaschutzregion weiterentwickeln
- Umsetzung und Fortschreibung des Luftreinhalteplans
- Lärminderungsprogramm auflegen
- Profil der Stadt als Entwicklungsstandort für Umwelttechnologien stärken

Darüber hinaus sind als weitere Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz vorgesehen:

- Aachen soll zu einer Musterkommune für energieeffiziente Informationstechnik (Green IT) werden.
- Ausbau der Fernwärmenutzung forcieren (Programme von Stadt und STAWAG)
- Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung
- Erstellung eines Thermalwasser-Rahmenkonzeptes, u.a. energetische Nutzung

In der Abfallpolitik verabreden CDU und GRÜNE, die umweltschonende Abfallpolitik fortzusetzen. Das Ein-Säulen-Modell bei der Abfallgebührenberechnung bleibt die Basis für eine gute und effiziente Abfallentsorgung. CDU und GRÜNE setzen sich im ZEW und in der AWA für die Absenkung der Einwohnergrundgebühr und die Berechnung der realen Kosten pro Tonne Verbrennungsmüll ein.

5. Chancen für Kinder von Anfang an

CDU und GRÜNE stehen für eine optimale Kinderbetreuung, vielfältige Angebote für Jugendliche und eine Familienpolitik, die so bunt ist wie die heutigen Familienformen.

5.1 Kindertagesbetreuung

Eine gute Kindertagesbetreuung ist ein zentraler Bestandteil einer moderner Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Sie unterstützt alle Familien, fördert die Entwicklung der Lebenschancen durch frühe Bildung und Pädagogik und bietet besondere Chancen gezielter Förderung benachteiligter Kinder sowie sprachliche und kulturelle Integration.

CDU und GRÜNE wollen den kontinuierlichen Ausbau der Kinderbetreuung – auch für Kinder mit Behinderungen. Um den Rechtsanspruch der unter Dreijährigen auf einen Betreuungsplatz bis 2013 zu erfüllen, bauen wir die Zahl der Betreuungsplätze weiter aus und setzen zusätzlich auf die vielfältigen, freien Angebote in der familiären Tagesbetreuung.

Das erste beitragsfreie Kinderjahr wird beibehalten, um möglichst viele Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten für den frühzeitigen Besuch von Kindertagesstätten zu gewinnen.

Der Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren wird weiter fortgeführt. Ziel ist es, dass die Stadt ein flächendeckendes Angebot von Familienzentren hat. Dabei sollen auch über Kooperationen kleinere bzw. dezentral liegende Kindertagesstätten eingebunden werden. Die hohe stadtteilorientierte Versorgungsdichte in der Kindertagesbetreuung wird erhalten.

Die Kindertagesbetreuung muss unter Beibehaltung von Bewährtem und der Sicherung von Qualitätsstandards ausgebaut werden und unterschiedlichen Bedürfnissen von Eltern und Kindern genügen. Dazu gehören flexible Öffnungszeiten, Sprach- und Gesundheitsförderung, Integration von Behinderten usw. Jedem Kind in Kindertagesstätten steht ein gesundes

Mittagessen zu. Auf dem Weg zu einem kostenfreien Mittagessen für alle Kinder sollen zunächst bedürftige Familien von der Kostenbeteiligung befreit werden.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser erfüllen zu können, ist der Ausbau von Ganztagesplätzen erforderlich. Eltern muss die bevorzugte (Wieder-)Aufnahme der Berufstätigkeit ermöglicht werden.

5.2 Jugendarbeit und Jugendkultur

CDU und GRÜNE werden ebenso selbstbestimmte Jugendarbeit und Jugendkultur fördern wir Freizeit- und Beratungsangebote in Jugendeinrichtungen, seien sie selbstverwaltet, in kirchlicher, freier oder öffentlicher Trägerschaft.

Selbstorganisierte Projekte sollen dabei stärker in den Fokus rücken. Hierfür wird ein Jugendfonds für selbst organisierte Jugendaktivitäten eröffnet, auf den Jugendliche mit kleinen Projekten unbürokratisch zugreifen können. Selbstbestimmte Orte zur Freizeitgestaltung von Jugendlichen (z. B. auch Raum für Graffiti) werden ausdrücklich unterstützt.

Die Stadt Aachen muss sich aktiv für die politische Beteiligung Jugendlicher öffnen. Beteiligungsformen für Jugendliche sollen auf der Ebene der Stadtteile entwickelt werden.

Die Weiterentwicklung des im Rahmen der Euregionale 2008 entstandenen europäischen Wissenschaftsparlaments wird unterstützt.

Die im Stadtjugendplan angelegte Jugendarbeit über Verbände und Träger wird weiter fortgeführt. Ein Aachener Jugendtag als Festival für Jugendeinrichtungen soll als feste Institution etabliert werden.

5.3 Frühwarnsysteme

Soziale Frühwarnsysteme wie „Frühe Hilfen“ und das Projekt „Positiv Aufwachsen in Aachen“ (PIA) beanspruchen finanzielle und personelle Ressourcen. Sie stellen eine Investition in die Zukunft dar, da sie die Bedingungen für das Heranwachsen von Kindern und Jugendliche verbessern und die Notwendigkeit für eingriffs- und kostenintensive Hilfen zur Erziehung verringern. Das Projekt PIA wird unter Zuhilfenahme des vom Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellten Elternbegleitbuchs in einem geeigneten Stadtteil erprobt.

Erziehungshilfe ist der Ausfallbürge für Sozialisations- und Erziehungsprozesse, die in Schwierigkeiten geraten sind, zu misslingen drohen oder mitunter bereits gescheitert sind. Erziehungshilfe stellt den Kinderschutz in den Vordergrund und will Eltern ermutigen und befähigen, ihre Verantwortung für das Kind wahrzunehmen. Dabei spielt die Kooperation mit Kindertagesstätten, Schulen, der Ganztagsbetreuung und den Einrichtungen der Jugendarbeit eine herausragende Rolle. Den Trägern der Jugendhilfe (Verbände und freie Träger) sollen mit dreijährigen Leistungsvereinbarungen weiterhin Planungssicherheit für ihre Arbeit gegeben werden.

Aufwachsen in Armut hat lebenslange Folgen, eine solidarische Stadtgesellschaft muss durch ausgleichende Maßnahmen der Kinderarmut vorbeugen. Im Rahmen des Sozialentwicklungsplans wird eine Konzeption gegen Kinderarmut für Aachen erstellt und umgesetzt.

Die Angebote, die mit der Familienkarte der StädteRegion genutzt werden können, sollen ausgeweitet werden.

5.4 Bedarfsgerechtes und differenziertes Schulangebot

Schule muss ein Ort sein, an dem unterschiedlich begabte, behinderte und nicht behinderte, deutsche und nichtdeutsche Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen Herkunft entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten gefördert werden.

Für die Schulentwicklungsplanung in Aachen werden in den nächsten Jahren drei Faktoren prägend sein: sinkende Schülerzahlen, das veränderte Wahlverhalten beim Übergang zu weiterführenden Schulen und die veränderten Anforderungen an die Aufgaben von Schule und die Schulqualität.

CDU und GRÜNE treten dafür ein, in Aachen alle kommunalen Möglichkeiten zu nutzen, Konzepte für ein bedarfsgerechtes, differenziertes Schulangebot umzusetzen. Dabei gilt es, die Schulenlandschaft so zu gestalten, dass jedes Kind seine individuelle Chance nutzen kann. Wir treten deshalb dafür ein, dass Schulen kooperativ zusammenarbeiten und Schulsysteme durchlässiger werden. Die Zusammenarbeit von Schulen ist auch notwendig, um bei sinkenden Schülerzahlen ein möglichst breites Schulangebot in der gesamten Stadt aufrechterhalten zu können.

Schulverbände oder Gesamtschulangebote werden wegen ihrer Durchlässigkeit und wegen der Möglichkeit des Abiturs nach neun Schuljahren von vielen Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern stark nachgefragt. Für CDU und GRÜNE wird es in der Ratsperiode darum gehen, hier ein dem Bedarf entsprechendes Ganztagsangebot zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund weiter rückläufiger Schülerzahlen muss das Schulangebot in der Stadt ständig überprüft und angepasst werden. CDU und GRÜNE stimmen darin überein, dass Entwicklung und Veränderung im Schulbereich nur mit der größtmöglichen Einbindung aller Beteiligten vor Ort gelingen kann.

Eine grundsätzliche Veränderung des viergliedrigen Schulsystems kann nur auf Landesebene beschlossen werden.

5.5 Fortschreibung des Schulentwicklungsplans

CDU und GRÜNE wollen den Schulentwicklungsplan kontinuierlich fortschreiben. Dabei sollen Schulk Kooperationen und Schulverbände bzw. Schulverbände zwischen den verschiedenen Schultypen unterstützt und gefördert werden. Dies gilt selbstverständlich auch für den Schulverband Aachen-Ost.

Die Förderung des gemeinsamen Schulbesuchs von Kindern mit und ohne Behinderungen soll weiter ausgebaut werden. Außerdem setzen wir die bedarfsgerechte Unterstützung von Schulen in Stadtteilen mit besonderem Förderungsbedarf fort.

CDU und GRÜNE wollen bedarfsgerechte und wohnortnahe Grundschulen. Hier gilt für uns das Motto: „Kurze Beine, kurze Wege“. Die Schulstandorte der Grundschulen sollen deshalb trotz rückläufiger Schülerzahlen weitestgehend erhalten bleiben. Wenn dies nicht möglich ist, muss die Zusammenarbeit von Schulen durch die Schaffung von Außenstellen geprüft und bei Bedarf umgesetzt werden. Im Ausnahmefall sollen Grundschulen ihr Angebot unter der Voraussetzung, dass die personellen und räumlichen Voraussetzungen vorhanden sind, über die festgelegte Zügigkeit hinaus erweitern können.

5.6 Rahmenbedingungen und Qualitätssicherung

Als Schulträger ist die Stadt Aachen für die Rahmenbedingungen verantwortlich. Dazu gehört vor allem der bauliche Zustand der Gebäude und Außenanlagen und die Einrichtung und Ausstattung zum Beispiel mit Fachräumen und Mensen. CDU und GRÜNE wollen die Ganztagsangebote in allen Schulformen fördern, daher wird das Schulsanierungsprogramm weiter fortgeführt. Das Ausbauprogramm für Schulmensen soll gemäß einer zu erarbeitenden Prioritätenliste ebenfalls fortgesetzt werden.

CDU und GRÜNE wollen die Sprachförderprogramme erhalten und die Schulsozialarbeit in der Sekundarstufe I und auch an Grundschulen unter finanzieller Beteiligung des Landes ausbauen.

Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs Schule-Beruf werden weiterentwickelt.

Die Angebote von Kammern und anerkannten, qualifizierten Bildungsträgern in der Stadt und in der Region sowie Initiativen zur Schaffung von Ausbildungs- und Berufsperspektiven für alle Jugendlichen werden unterstützt.

6. Soziale Stadt mit Chancen

6.1 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und demographischer Wandel

Die sozialpolitischen Aufgaben der Stadt werden seit vielen Jahren im Konsens von CDU und GRÜNEN wahrgenommen. Die meisten Beschlüsse im Sozialausschuss und im Kinder- und Jugendausschuss waren und sind einstimmig. Auf diese Art sind in den letzten Jahren viele soziale Projekte gefördert worden. Alle Hilfsleistungen und städtischen Angebote von der Jugendhilfe über Hilfen für benachteiligte Gruppen bis zur sozialen Seniorenarbeit sind für CDU und GRÜNE ein wichtiges Anliegen. Wir folgen dabei den Prinzipien von Solidarität und Gerechtigkeit. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, den verantwortlichen Trägern und Vereinen, freien Initiativen und Selbsthilfegruppen ein breit gefächertes Beratungs- und Hilfsangebot im Sozial- und Gesundheitsbereich sichern und weiterentwickeln.

Der Ausbau der sozialraumorientierten Arbeit in den einzelnen Stadtteilen ist dabei eine wichtige Zukunftsaufgabe. Gemeinsam mit Verwaltung und Politik sollen soziale Projekte entwickelt und umgesetzt werden. Dabei soll der offene Dialog zwischen Jung und Alt, zwischen Trägern und Vereinen die Identität im Viertel stärken und Nachbarschaft und Lebensqualität fördern.

Im Mittelpunkt stehen immer der einzelne Mensch und seine berechtigten Bedürfnisse. Daran wird gemessen, welche Förderungsmöglichkeiten angemessen sind. CDU und GRÜNE wollen der sozialen Verantwortung gerecht werden, indem sie vorausschauend arbeiten. Der Sozialentwicklungsplan wurde als Werkzeug entwickelt auf dessen Grundlage differenzierte politische Entscheidungen in unterschiedlichen Teilbereichen des Gemeinwesens getroffen werden können. Er beschreibt die soziale Lage der Bevölkerung und ermöglicht eine genaue Beobachtung von Entwicklungen. Probleme, die somit sichtbar werden, können und sollen dadurch gezielt angegangen werden.

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird immer mehr zu einem zentralen Erfolgsfaktor. Der demographische Wandel stellt daher zugleich eine Herausforderung und eine Chance zur konstruktiven Veränderung unseres Lebens- und Gesellschaftsbildes dar. Die demographische Entwicklung verlangt eine umfangreiche Anpassung aller Angebote und Dienstleistungen – von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege. Hier sind neue Planungen notwendig. Der Ausbau von Einrichtungen für betreutes Wohnen, hochwertige und kultursensible Pflege und die Entwicklung für Begegnungszentren für ältere Menschen sind wichtige sozialpolitische Anliegen. Die Vielfalt der Angebote für ältere Menschen in Aachen muss weiterhin gesichert sein.

Die Einbeziehung älterer Menschen in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens wird stattfinden. Viele ältere Menschen haben den Wunsch, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen in die Gesellschaft einzubringen und gesellschaftliche Verpflichtungen zu übernehmen. Sie vermitteln Wissen, helfen bei Alltagsproblemen und Konfliktbewältigung und sind oft unersetzliche Partner für Kinder und Jugendliche. Sie engagieren sich in der Nachbarschaftshilfe, bei Pflege von Geselligkeit und Brauchtum, in Politik und Kultur oder beim Natur- und Umweltschutz. Dieses Potenzial gilt es zu fördern, denn unsere Gesellschaft benötigt das Wissen und die Fähigkeiten älterer Menschen.

Hilfsleistungen und soziale Angebote in unserer Stadt sind CDU und GRÜNEN ein besonderes Anliegen. Wir wollen einen gesellschaftlichen Konsens über die zu leistenden Hilfen schaffen. In allen Bereichen, ob Kinder, Jugendliche oder Senioren, ob Migranten oder sozial benachteiligte Menschen, ob Menschen mit Behinderung oder Suchtkranke, muss eine en-

gere Zusammenarbeit zwischen der Stadt Aachen und der StädteRegion stattfinden, die ab Oktober 2009 von der Stadt Aachen wesentliche Aufgaben im Sozialbereich übernimmt.

- Wir arbeiten an der Umsetzung des Sozialentwicklungsplans. Er soll in Zukunft regelmäßig fortgeschrieben werden.
- Leistungsvereinbarungen mit den Trägern und Initiativen müssen zuverlässig fortgeführt werden. Einrichtungen, Verbände und freie Träger brauchen Unterstützung und Planungssicherheiten.
- Wir fördern das ehrenamtliche Engagement in der sozialen Arbeit weiter.
- Der Seniorenbeirat wird unterstützt.
- Wir wollen die Förderung stadtteilbezogener Seniorenarbeit unterstützen und eine Vernetzung aller Angebote für Senioren erreichen.
- Gesundheitserziehung und Suchtprävention muss als gemeinsame Aufgabe von Gesundheits-, Sozial-, Familien- und Schulpolitik verstanden werden.
- Die Umsetzung einer verbesserten Suchthilfekonzeption wollen wir in Zusammenarbeit mit Trägern, Polizei, Ordnungsamt und Bürgerinnen und Bürgern entwickeln.

6.2 Sport als soziales Kapital

Sport ist ein Feld des sozialen Handelns. Sport wird in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten ausgeübt und bildet einen wesentlichen Teil der Freizeitgestaltung. Er hat einen zentralen Stellenwert in der Gesellschaft, denn er gewährleistet Gemeinschaftsaktivitäten und ehrenamtliche Tätigkeiten. Dies wiederum fördert das soziale Bewusstsein.

Durch die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten wird soziale Integration gefördert. Wer Sport treibt, lernt Fairness. Auch die Integration von Menschen erfolgt über den Sport einfacher, schneller und fairer. Durch sportliche Betätigung mit anderen Menschen lernen alle Beteiligten grundlegende Werte des Zusammenlebens wie Respekt, Teambereitschaft und Solidarität.

Der Sport bringt Jung und Alt zusammen. Er schafft gemeinsame Interessen und verbindet die verschiedenen Generationen miteinander. Sportvereine geben nicht nur Kindern und Jugendlichen eine Anlaufstelle, sondern helfen ebenso älteren Menschen, gesellschaftliche Netzwerke um sich herum zu erhalten. Außerdem trägt Sport wesentlich zur körperlichen Fitness und zur Gesundheitsprävention bei.

Sportvereine bei ihrer Arbeit zu unterstützen bedeutet also gleichzeitig gesellschaftlichen Zusammenhalt, Jugendarbeit und Integration zu fördern.

Die Stadt Aachen hat im September 2009 ihren Sportentwicklungsplan vorgestellt. Die Notwendigkeit der Sportentwicklungsplanung ergab sich aufgrund der zu erwartenden demografischen Entwicklung in und um Aachen. Das Ergebnis ist: Aachen ist eine Sport-Stadt. Der Sportentwicklungsplan enthält verschiedene Handlungsempfehlungen und bildet die Grundlagen für neue und kreative Planungskonzepte.

Ein bedarfsorientiertes Sportangebot ist für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aachen eine Frage der Lebensqualität. CDU und GRÜNE wollen den Sport in Aachen hoch halten.

Dazu gehören:

- die schrittweise Umsetzung des Sportentwicklungsplans.
- die Fortsetzung des Programms „Umwandlung von Ascheplätzen in Kunstrasenanlagen“
- wohnortnahe Bewegungsangebote für alle Generationen schaffen – Fitnessparcours für Jedermann.

- das bürgerschaftliche Engagement in Sportvereinen weiterhin zu fördern und durch die Stadt Aachen unterstützen
- die Unterstützung von Sportvereinen bei der Ausrichtung von Veranstaltungen und Wettkämpfen
- die Vernetzung des Hochschulsports mit den übrigen Aachener Sportangeboten.
- die Trendsportthalle in Aachen-Nord (OT Talstraße)
- mehr Angebote an öffentlich nutzbaren Rasensportflächen in der Stadt Aachen zu schaffen.

7. Weltoffene und tolerante Stadt

CDU und GRÜNE wollen Aachen als weltoffene und tolerante Stadt im Dreiländereck weiterentwickeln. Wir sehen in der Zuwanderung und einer Vielfalt von Kulturen eine Bereicherung und begreifen die Integration und Partizipation von zugewanderten Menschen als eine wichtige Aufgabe von Politik und Verwaltung. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus und Antisemitismus schaden den Menschen und dem friedlichen Zusammenleben und werden deshalb konsequent bekämpft.

CDU und GRÜNE wollen einen erleichterten Zugang zu Bildungsangeboten für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte schaffen und die Bildungserstberatung für Migrantinnen und Migranten weiter ausbauen. Die Stadt Aachen hat vor drei Jahren diese Bildungserstberatung installiert. Sie berät umfassend und in enger organisatorischer wie fachlicher Abstimmung mit der Ausländerbehörde und der Arge Neuzuwanderer in Fragen der Bildung und Beschäftigung. Das Projekt ist ein Leuchtturmprojekt in Nordrhein-Westfalen. Die Beratungstätigkeit sollte gesichert und auf die Bereiche Gesundheit, Wohnen, Erziehung und Freizeit ausgeweitet werden.

Darüber hinaus soll Aachen Modellregion für die bessere Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen und die systematische Durchführung ergänzender Qualifizierungsangebote werden. Durch die bisherige Arbeit der Bildungserstberatung werden Neuzuwanderer früh erreicht und ihr Bildungs- bzw. Ausbildungsprofil detailliert erfasst. Hieran ansetzend sollen Anerkennungsverfahren eingeleitet und Qualifizierungsmodule entwickelt werden.

Die Einbürgerung soll erleichtert und aktiv durch gezielte Einbürgerungswerbung gefördert werden. Die Ausländerbehörde soll dazu gezielt alle diejenigen Personen anschreiben, die hinsichtlich ihrer Aufenthaltszeiten die Grundvoraussetzung des achtjährigen legalen Aufenthalts erfüllen. Sie informiert über die Voraussetzungen für die Einbürgerung und deren Vorteile und bietet ihnen eine individuelle Einbürgerungsberatung an.

Die Stadt Aachen mit ihrer internationalen Tradition und vielfältigen Bevölkerung verfolgt das Ziel, dass auch die Verwaltung der Stadt die kulturelle, religiöse und sprachliche Vielfalt ihrer Einwohnerinnen und Einwohner widerspiegelt. Bei Stellenausschreibungen in der Kommunalverwaltung wird deshalb im Ausschreibungstext zum Ausdruck gebracht, dass Bewerbungen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erwünscht sind.

Darüber hinaus werden folgende Ziele und Projekte weiterverfolgt:

- Die Integrationsbemühungen werden durch Sprach- und Integrationskurse verstärkt. Wir wollen ein breites Angebot vom vorschulischen Bereich bis zur Erwachsenenbildung, die deutsche Sprache zu erlernen.
- Wir unterstützen und fördern das Integrationsprojekt im Haus der Identität und Integration in der Rheinnadel Fabrik.
- Wir fördern die offensive Umsetzung und Fortschreibung des Integrationskonzepts.

- CDU und GRÜNE wollen den Integrationsrat stärken und werden die Vergabe von Fördermitteln aus dem vorhandenen Integrationsfonds in die Zuständigkeit des Integrationsrates geben.
- Die Wahlen zum Integrationsrat sollen am 7. Februar 2010 stattfinden.
- Wir wollen die Weiterentwicklung von Integrationsprojekten durch ein ständiges Monitoring. (Netzwerk Integration/ Stabstelle Integration)
- CDU und GRÜNE wollen die Flüchtlingsarbeit weiter unterstützen und treten ein für die Stärkung des interreligiösen Dialogs.

8. Kultur – Seele für die Stadt

Kultur ist ein unverzichtbarer Bestandteil städtischen Lebens. Kultur gibt der Stadt eine Seele. Sie gibt ihr Profil, macht sie lebendig und interessant. Sie stärkt Identifikation und Integration und ist Nährboden für Ideen und Innovation. Das kulturelle Angebot prägt die Lebensqualität und die Außendarstellung der Stadt. Darüber hinaus hat Kultur gesellschaftspolitische und bildungspolitische Aufgaben und ist ein wichtiger Wirtschafts- und ein Standortfaktor.

CDU und Grüne sehen es als Aufgabe städtischer Kulturpolitik, in Aachen gute Bedingungen für Kultur zu schaffen und die Qualität des kulturellen Lebens in der Stadt zu erhalten, zu verbessern und weiterzuentwickeln. Das gilt sowohl für die städtischen Kulturinstitutionen als auch für kulturelle Initiativen außerhalb städtischer Institutionen. Eine Stadt braucht kulturelle Angebote und Möglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger, sich kulturell zu betätigen, sowohl als Kulturschaffende wie auch als Teilhaber an Kultur. Einen besonderen Stellenwert hat für uns dabei das Thema kulturelle Bildung. Kulturelle Aktivitäten und Angebote von und für Kinder und Jugendliche wollen wir in den Fokus nehmen.

Wir wollen das Kulturprofil der Stadt weiterentwickeln und konturieren. Dazu ist es notwendig Kultur zu fördern, die städtischen Institutionen zu profilieren und zu stärken und auch in die kulturelle Infrastruktur zu investieren – auch in Zeiten schwieriger Haushalte. Ein Profil ist notwendig, weil nur so die beschränkten Ressourcen effektiv eingesetzt werden können. Diejenigen, die gefördert werden, sind zu einem transparenten, wirtschaftlichen und effizienten Einsatz der Mittel verpflichtet. Investitionen müssen auf ihre Folgekosten und Wirtschaftlichkeit überprüft werden und diese mit dem Nutzen für die Stadt abgewogen werden.

- Der gut funktionierende Kulturbetrieb muss evaluiert, gestärkt und weiterentwickelt werden. Bei neuen Aufgaben sind die Mittel anzupassen.
- Theater und Orchester sollen für ihre Arbeit eine solide Finanzbasis behalten. Die Mittel sind sparsam, effizient und transparent einzusetzen.
- Die „Chorbiennale“ soll entwickelt und fortgesetzt werden.
- An den Museen der Stadt Aachen und im Ludwig Forum sollen Inhalte, Raumsituation und Infrastruktur weiterentwickelt werden. Die Vermarktung soll verbessert werden.
- Theater- und Museumsangebote sind als Teil der städteregionalen Infrastruktur zu begreifen.
- Die Stadtbibliothek soll zu einem Bücher- und Medienzentrum des 21. Jahrhunderts ertüchtigt werden.
- Das Stadtarchiv soll sich stärker dem Publikum öffnen, um als Ort der Diskussion über die Geschichte unserer Stadt zu informieren.

- Die „freie“ Kultur soll weiterhin gefördert werden. Bei der Förderung der „freien“ Kultur wird eine Mittelvergabe für langfristige Projekte und Initiativen unter dem Fokus künstlerische Qualität und Sicherung von Arbeitsplätzen bevorzugt.
- Migrantinnen und Migranten sowie ihre Organisationen sollen stärker am kulturellen Leben beteiligt werden. Eigene kulturelle Aktivitäten sollen mehr in den Fokus gerückt werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Kultureinrichtungen und Schulen soll verbessert werden. Kooperationsprojekte zwischen Kultur und Schule (z. B. Jekiss) sollen unterstützt werden.
- Die städtischen Einrichtungen der Kinder- und Jugendkultur, also z. B. Barockfabrik, Museums- und Theaterpädagogik, Musikschule, pflegen den Kontakt mit den freien Trägern einerseits und den Schulen und Kindergärten andererseits, um ihre Angebote abzugleichen, zu sortieren und am Bedarf zu orientieren.
- Für das Atelierhaus soll im Alten Schlachthof ein Ersatzstandort angeboten werden. Ziel ist es, ein „Kreativzentrum“ als Weiterentwicklung einer Kulturachse „Nord“ vom Eurogress ausgehend über Theater K, NAK, Ludwig Forum, Alter Schlachthof bis zum DAS DA Theater zu etablieren.
- Das Kreativzentrum könnte auch Standort für das Kulturwirtschaftliche Gründerzentrum sein. Das Kulturwirtschaftliche Gründerzentrum, welches kreative Milieus in Aachen und die soziale und ökonomische Lage der Kulturschaffenden fördern soll, soll weitergeführt werden.
- Die Filmkultur in Aachen soll durch ein „kommunales Programmokino“, das z. B. im space des Ludwig Forums betrieben werden könnte, gefördert werden.
- Die Stadtarchäologie ist ein wichtiges Instrument, um historische Wurzeln zu erkunden. Die Funde sollen wissenschaftlich aufgearbeitet und dem Publikum angemessen zugänglich gemacht werden.
- Aachen soll als „Kulturstadt“, die auch künstlerische Höchstleistungen ermöglicht, effizient vermarktet werden und überregionale Aufmerksamkeit erregen, z. B. durch eine Veranstaltung im Jahre 2014 (Kulturhistorische Ausstellung, Festival) anlässlich des 1.200 Todestages von Karl dem Großen.
- Im Rahmen der Weiterentwicklung des Kongresswesens in Aachen wird die Realisierung eines akustisch tauglichen Konzertsaals unter Einbeziehung der Bürgerstiftung „Haus für Musik“ unterstützt.
- Wir unterstützen die Partnerschaft Aachens bei der Bewerbung Maastrichts und der Euregio um den Zuschlag des Titels Kulturhauptstadt 2018.
- Wir unterstützen das Weltkulturerbe Aachener Dom.

9. Starke Wirtschaft – starke Stadt

CDU und GRÜNE wollen den modernen, umweltverträglichen und nachhaltigen Wandel in der Wirtschaft der Stadt Aachen und in der Region. Unsere Schwerpunkte liegen dabei auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit. Eine starke Wirtschaft verbessert die Finanzkraft der Stadt und ist somit die beste Voraussetzung, um Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu senken. Wir setzen uns für eine aktive Wirtschaftsförderung ein, die die Zusammenarbeit aller am Wirtschaftsleben beteiligten lokalen und regionalen Akteure zum Ziel hat.

Aachen ist ein guter Standort für viele Unternehmen. Ansässig sind traditionsreiche Firmen ebenso wie junge Unternehmen, z. B. aus dem High-Tech-Bereich. Von besonderer Bedeutung für Aachen sind die Nahrungsmittelindustrie sowie die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit ihrer Anbindung an die Hochschulen. In Aachen sind aber auch viele Inge-

nieurbüros mit hoher Kompetenz und weltweit nachgefragtem Know-how zuhause. Nicht zuletzt spielt das Handwerk eine wichtige Rolle: Es ist hoch qualifiziert und bietet viele Arbeitsplätze. Eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist es, die in Aachen ansässigen Unternehmen zu unterstützen.

Darüber hinaus gilt es, für weitere Ansiedlungen zu werben. Vorhandene Stärken sollen weiter ausgebaut werden. Einen besonders positiven Effekt hierfür erwarten wir von der Entwicklung des Campus Melaten und des Campus West. Entwicklungspotenziale stecken aber auch im Tourismus, im Kongresswesen sowie in anderen Kompetenzfeldern wie Informations- und Kommunikationstechnologien, Automotive und Energie- und Umwelttechnologien. Auch sollten Existenzgründungen in der gewerblichen Wirtschaft, im Handwerk, im Handel und bei Dienstleistungen weiterhin gefördert werden.

Aachen und die Region brauchen die Unternehmen, die Unternehmen brauchen aber genauso die Stadt und die Region. Wirtschaft hat immer auch die soziale Verantwortung und die Verpflichtung, so zu wirtschaften, dass die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt und erhalten werden. Wir fördern Unternehmen, die sich für ihre Stadt und Region engagieren.

Unser Anspruch ist es, die Wirtschafts- und Finanzkraft unserer Stadt zu steigern, Motor der regionalen Entwicklung zu sein und Kooperation mit allen Partnern in der Region möglich zu machen. Dies ist unter anderem eine Grundvoraussetzung dafür, die Arbeitslosigkeit in Aachen und der Region zu senken.

Zu den Punkten der gemeinsamen Politik des umweltverträglichen und nachhaltigen Wirtschaftens gehören:

- Ein konsequentes Standortmarketing ist für Aachen unerlässlich.
- Die hier angesiedelten Unternehmen verdienen eine bessere Bestandspflege.
- Es muss eine Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung, auf der Grundlage der bisherigen Beschlüsse der StädteRegion Aachen erfolgen, mit dem Ziel effizienter und regionaler im Wettbewerb der Regionen aufzutreten.
- Für die Unternehmen soll eine zentrale Anlaufstelle in der Verwaltung für Problemlösungen gebildet werden.
- Der intensiven Dialogs der lokalen und regionalen Wirtschaftsakteure wird gefördert und Zukunftsstrategien für die Region im Sinne nachhaltigen und sozial gerechten Wirtschaftens werden entwickelt.
- CDU und GRÜNE unterstützen Existenzgründungen nicht nur im Bereich der neuen Technologien, sondern auch in der gewerblichen Wirtschaft, im Handwerk, im Handel und bei Dienstleistungen.
- Wir fördern die Umsetzung innovativer und nachhaltiger Ideen, greifen neue Entwicklungen und Forschungsergebnisse auf und unterstützen deren Umsetzung.

Das Wirtschaftsprofil der Stadt Aachen soll durch stärkere Beachtung der zahlreichen hoch qualifizierten, kleinen und mittleren Unternehmen (zum Beispiel Ingenieur-Büros aus den Bereichen Bio-, Medizin- und Umwelttechnik, Energie-, Kultur- und Gesundheitswirtschaft oder der IT- und Hightech-Branche) weiterentwickelt und gestärkt werden.

Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen und bei Ansiedlungen wollen CDU und GRÜNE wie folgt vorgehen:

- Vorrang hat die Entwicklung der vorhandenen Gewerbeflächen. Wir nutzen Flächenreserven, die kurz- und mittelfristig bereitstehen, z. B. im Gewerbegebiet Grüner Weg, am Alten Schlachthof und an Camp Pirotte, in AVANTIS und im Campus Melaten und im Campus West.

- Nicht mehr genutzte oder mindergenutzte Bereiche der „Altindustrie“ zum Beispiel an der Jülicher Straße oder in Rothe Erde sollen entwickelt werden.
- Die qualitative Entwicklung und Vermarktung der Flächen hat Vorrang vor Quantität. Kriterien für Qualität sind z. B. die Zahl der Arbeitsplätze, die Stärkung von vorhandenen oder geplanten wirtschaftlichen Strukturen sowie Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit.
- Ansiedlungswerbung und die Vermarktung der Region sind regionale bzw. euregionale Aufgaben. In der StädteRegion soll ein gemeinsames Gewerbeflächenmanagement aufgebaut werden.

Die Stadt Aachen und die städtischen Unternehmen gehen mit gutem Beispiel voran und werden Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Dort, wo es in der Stadt Probleme mit dem Ausbildungsangebot gibt, soll die Stadt aktiv werden und gemeinsame Kraftanstrengungen aller Beteiligten unterstützen.

Die Stadt Aachen beteiligt sich weiterhin aktiv an der Arbeitsmarktpolitik in Aachen und in der Region. Sie nimmt, wo es möglich ist, auch selbst an Maßnahmen der Beschäftigungsförderung oder Qualifizierung teil oder unterstützt diese.

Für CDU und GRÜNE ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit eine Selbstverständlichkeit, die aber noch nicht zum Alltag in Aachen gehört. CDU und GRÜNE wollen, dass sich die Stadt Aachen für die gleichberechtigte und gerechte Teilhabe von Frauen und Männern an existenzsichernder Erwerbsarbeit einsetzt und diese fördert:

Das Tourismusangebot in der Stadt Aachen, mit Städtetourismus und Kongresswesen, wird besser mit den Tourismusangeboten in der Eifel, der Grünmetropole und dem Heinsberger Touristservice vernetzt. Die euregionale Kooperation soll verstärkt werden, ihre Chancen besser genutzt werden. Der Nationalpark Eifel und die Burg Vogelsang ergänzen das städtische Angebot.

Tourismus stärken bedeutet für Aachen aber auch die Stärkung der Badetradition. Die Thermen als Ursprung der Stadt müssen für die Gäste der Stadt erlebbar bleiben. Gleichzeitig kann das Tourismusangebot in der Stadt Aachen vielfältiger werden und neben Dom, Printen und Karneval auch andere Angebote aufnehmen.

CDU und GRÜNE streben eine Überarbeitung des Stadtmarketings im Sinne eines einheitlichen Auftritts und einer einheitlichen Außendarstellung der Stadt an.

10. Personal und Verwaltung – städtische Gesellschaften

Die Stadt Aachen ist mit rund 4.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber in der Region. Diese Arbeitsplätze sind sicher. Die Haushaltslage der Stadt und der in einzelnen Bereichen gestiegene Personalbedarf machen ein sorgfältiges Personalmanagement in den nächsten Jahren notwendig. Die Wahrnehmung der Stadt bei den Bürgerinnen und Bürgern wird geprägt durch ein freundliches, qualifiziertes und engagiertes Auftreten der Verwaltung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen in Führungspositionen in der Stadtverwaltung stärker vertreten sind. Der Frauenförderplan der Stadtverwaltung wird weitergeführt.

Die Verwaltung der Stadt soll auch die kulturelle, religiöse und sprachliche Vielfalt ihrer Einwohnerinnen und Einwohner widerspiegeln. Bei Stellenausschreibungen wird im Ausschreibungstext zum Ausdruck gebracht, dass Bewerbungen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erwünscht sind.

Wir wollen zukünftig bei der Neubesetzung von Fachbereichsleitungen die jeweilige Leitungsfunktion auf Zeit vergeben, um in der Lage zu sein, den Aufgabenbereich bei Bedarf zu verändern.

Das Assessment-Center-Verfahren zur Besetzung von Leitungsfunktionen wird weiterentwickelt und weiterhin angewandt. Um Bewerbungen mit besonderen Qualifikationen für die Stadt gewinnen zu können, werden übertarifliche Vergütungen in Führungspositionen möglich gemacht.

Wir wollen eine offensive Nachwuchsförderung in der Stadtverwaltung. Qualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Entwicklungs- und Aufstiegschancen erhalten.

Die städtischen Gesellschaften sind notwendig zur Sicherung der Daseinsvorsorge in der Stadt. Sie tragen auch zur Finanzierung des städtischen Haushaltes bei. CDU und GRÜNE werden nicht privatisieren. Wir werden den städtischen Einfluss auf die wichtigen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge behalten. Wir werden an Zukunftsstrategien für diese Gesellschaften arbeiten. Wir werden sie weiterentwickeln und breiter aufstellen. Wir werden sie in die Lage versetzen, konkurrenzfähig arbeiten zu können.

Aachen, den 23. Oktober 2009

Harald Baal
CDU - Fraktionsvorsitzender

Michael Rau
Fraktionssprecher der GRÜNEN

Armin Laschet
CDU - Parteivorsitzender

Sabine Göddenhenrich
Parteisprecherin der GRÜNEN